



# #dieschmidt

der newsletter

23.04.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

unser Fraktionsvorsitzender Dr. Rolf Mützenich hat es heute in seiner Rede zur Regierungserklärung ([hier geht es zu seiner Rede](#)) gesagt und ich stimme ihm zu: Es ist beachtlich, wie solidarisch die Menschen in Deutschland zurzeit sind und ihrem Selbstschutz nachgehen. Denn wir stehen in Deutschland auch deswegen vergleichsweise gut da, weil die allermeisten sehr diszipliniert sind und sich an die Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen halten. Die Kontaktbeschränkungen gelten vorerst bis zum 3. Mai weiter, um die Ausbreitung der Corona-Pandemie in Deutschland zu begrenzen. Gleichzeitig haben sich Bund und Länder am vergangenen Mittwoch auf erste Lockerungen geeinigt: Seit Montag können bestimmte Geschäfte und öffentliche Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen wieder öffnen. Auch die hessischen Schulen öffnen für bestimmte Klassen am kommenden Montag. Gleichzeitig gilt auch in Hessen ab Montag eine Maskenpflicht beim Einkaufen und im öffentlichen Personenverkehr.

Wir stehen in den nächsten Wochen und Monaten vor zwei Herausforderungen: Wir müssen weiter auf die aktuelle Krise reagieren und gleichzeitig darüber nachdenken, wie der Motor wieder richtig in Gang kommen kann. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Wir brauchen keine Diskussionen über Steuersenkungen. Denn viele Menschen stellen sich zurzeit die Frage: Habe ich künftig noch Arbeit, um überhaupt Einkommenssteuer zahlen zu können? Neben dem Schutz der Gesundheit, geht es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher im Moment in erster Linie darum, die Menschen hier und jetzt vor den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu schützen. Deswegen haben wir schon in der letzten Sitzungswoche ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, um Studierenden, Familien, Beschäftigten, Mieterinnen und Mietern sowie Unternehmen eine finanzielle Brücke in die Zeit nach der Corona-Pandemie zu bauen (mehr dazu unter [www.dagmarschmidt.de/corona](http://www.dagmarschmidt.de/corona)). Mit diesen Maßnahmen haben wir einen wichtigen Schutzschirm für alle in Deutschland gespannt. Nun geht es darum die beschlossenen Maßnahmen an die Erfahrungen aus der Praxis anzupassen, Lücken zu schließen und uns bislang unbekannte Probleme aufzugreifen. In den letzten Wochen habe ich zahlreiche Rückmeldungen am Telefon, per E-Mail oder per Videotelefonie erhalten. Das ist sehr gut – denn nur so kann ich diese Erfahrung mit in den Gesetzgebungsprozess in Berlin nehmen. Deswegen bitte ich weiterhin um Rückmeldungen zu Härtefällen, Problemen in der Abwicklung – oder zu besonders guten Lösungen. Mein Büro ist wie gewohnt unter 06441 209 25 22 oder [dagmar.schmidt@bundestag.de](mailto:dagmar.schmidt@bundestag.de) erreichbar. Gerne können wir auch einen Telefontermin vereinbaren.

Mit einer Verlosungsaktion auf Facebook möchte ich lokale Unternehmen unterstützen und gleichzeitig Menschen aus unserem Wahlkreis eine Freude bereiten. Jede Woche verlose ich drei Gutscheine aus der Region – diese Woche gibt es drei Wertgutscheine für den Weltladen Herborn. Wer jemandem eine besondere Freude bereiten möchte, kann den Namen dieser Person unter das jeweilige Video ([hier geht es zum Video von dieser Woche](#)) posten. Am Sonntag wird verlost und Anfang nächster Woche startet die nächste Verlosungsrunde.

Aufgrund der Kontaktbeschränkungen wird der 1. Mai dieses Jahr nicht in der gewohnten Form stattfinden können. Daher rufen die Gewerkschaften und wir als SPD zu einer 1.-Mai-Kundgebung der anderen Art auf: Auf [www.dgb.de/erstermai](http://www.dgb.de/erstermai), Facebook und YouTube wird es einen Livestream geben. Außerdem plant der DGB ein digitales Chorprojekt ([mehr dazu hier](#)) und eine digitale Solidaritätsbekundung in den sozialen Medien über Videos, Fotos oder Textbeiträge ([mehr dazu hier](#)). Ich freue mich auf einen solidarischen und außergewöhnlichen 1. Mai 2020.

Mit solidarischen Grüßen  
Dagmar Schmidt, MdB



## Für Eltern und Kinder



Viele Eltern stehen derzeit vor einer Vielzahl von Fragen. Um Eltern die Sorgen zu nehmen, wie sich coronabedingte Veränderungen im Familieneinkommen auf das Elterngeld auswirken, haben wir gestern auf Initiative von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey zeitlich befristete Änderungen beim Elterngeld in einer erste Lesung beraten: Wer jetzt beruflich besonders gebraucht wird, kann die Elterngeldmonate aufschieben. Und wenn beide Eltern gleichzeitig in Teilzeit arbeiten und sich die Kindererziehung teilen, geht der Partnerschaftsbonus nicht verloren, wenn sie aufgrund der Corona-Pandemie aktuell mehr oder weniger arbeiten als geplant. Außerdem stellen wir sicher, dass Eltern und werdende Eltern, die wegen der Corona-Pandemie Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosengeld I erhalten, keine Abstriche beim Elterngeld fürchten müssen.

Einige Eltern mit schulpflichtigen Kindern stehen wiederum vor der Frage, wie sie die Anforderungen an den digitalen Unterricht erfüllen sollen. Insbesondere in Familien, in denen das Geld ohnehin knapp ist, besteht kein finanzieller Spielraum, um weitere technische Geräte anzuschaffen. Deswegen ist es gut und richtig, dass Hubertus Heil gestern im Koalitionsausschuss durchgesetzt hat, dass der Bund 500 Millionen Euro für den digitalen Unterricht bereitstellt. Damit Schulen bedürftigen Schülerinnen und Schülern einen Zuschuss von 150 Euro für die Anschaffung entsprechender Geräte gewähren können.

Auf einem anderen Blatt stehen die Sorgen der Eltern, wenn es um den Bewegungsfreiraum ihrer Kinder geht. Deswegen ist es gut, dass sich Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey auch hier stark macht und prüft, wie wir einem kindgerechten Alltag in kleinen, aber wichtigen Schritten näherkommen. Es gibt noch keinen Anlass zur Entwarnung in der Corona-Pandemie. Aber es gilt jetzt, unsere Art zu leben auf diese besondere Situation auszurichten. Wenn es möglich ist für Geschäfte in geschlossenen Räumen intelligente Konzepte zu entwickeln, sollte das auch für Spielplätze möglich sein. Gerade Bewegung, frische Luft und Begegnungen mit Gleichaltrigen sind für die Entwicklung der Kinder wichtig.

## Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Wer in den vergangenen Wochen aufgrund der Corona-Pandemie in Kurzarbeit geschickt wurde, steht vor sehr unerwarteten finanziellen Veränderungen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hatte deswegen vorgeschlagen, das coronabedingte Kurzarbeitergeld auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern) zu erhöhen. Im Koalitionsausschuss haben wir gestern eine schrittweise Erhöhung durchgesetzt: Diejenigen, die coronabedingt ihr Arbeitszeit um mindestens 50 Prozent reduzieren musste, erhalten ab dem 4. Monat 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kinder) ihres Ausfalls beim Nettoeinkommen als Kurzarbeitergeld. Ab dem 7. Monat steigt dies auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern). Gleichzeitig konnten wir im Koalitionsausschuss eine zeitlich befristete Verlängerung des ALG I-Bezuges durchsetzen. Denn auch die Vermittlungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Arbeitsagentur sind zurzeit eingeschränkt. Das bedeutet für die Arbeitssuchende, Für diejenigen, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember 2020 enden würde, wird der Bezug um drei Monate verlängert.

## Für Studierende



Für Studierende, die BAföG empfangen, stellt sich derzeit oft die Frage, wie sich Veränderungen im Hochschulbetrieb auf das BAföG auswirken. Sie sollen keine finanziellen Nachteile haben, wenn Vorlesungen vorübergehend ausfallen oder der Semesterbeginn verschoben wird. Durch einen gestern in erster Lesung beratenen Gesetzentwurf werden BAföG-Leistungen während der Corona-Krise auch dann weiter ungekürzt ausgezahlt, wenn sich BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger in dieser Zeit in systemrelevanten Bereichen engagieren. Dafür soll das zusätzlich erzielte Einkommen komplett von der Anrechnung freigestellt werden. Der Gesetzentwurf enthält wichtige Schritte, reicht aber aus unserer Sicht nicht aus, um Studierende in der aktuellen Situation zu unterstützen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Studierende, die infolge der Corona-Krise ihre Nebentätigkeiten verlieren oder deren Eltern sie infolge der Corona-Krise nicht mehr unterstützen können, brauchen einen schnell und vereinfachten Zugang zum BAföG. Denn sie werden sonst nirgendwo finanziell aufgefangen. Das BAföG ist das Gesetz, um Studierenden zu helfen, die nicht aus eigener Kraft ihre Ausbildung finanzieren können. Deswegen erwarten wir ein klares Bekenntnis der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, dass wegen der absehbaren Unwägbarkeiten das Sommersemester 2020 nicht auf die Regelstudienzeit im BAföG angerechnet wird.

## Für die Arbeit von Morgen



Mit dem heute verabschiedeten Arbeit-von-Morgen-Gesetz kümmern wir uns um diejenigen, deren Arbeitsplatz von technologischen Wandel geprägt ist. Wenn sich Arbeitsprozesse verändern, weil immer komplexere Maschinen eingesetzt werden oder sich ganze Produktionsmechanismen verändern, weil die Automobilbranche auf e-Mobilität umstellt, brauchen Beschäftigte Fortbildungen und Qualifizierungen. Wir sind überzeugt: Qualifizierung und Fortbildung sind wichtige Grundlagen, um die Herausforderungen des technologischen Wandels in der Arbeitswelt bestmöglich zu bewältigen. Wir haben bereits Ende 2018 das Qualifizierungschancengesetz ([mehr dazu hier](#)) beschlossen und es Beschäftigten leichter gemacht, sich weiterzubilden und zu qualifizieren. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt und erhöhen die Anreize für Betriebe ihre Beschäftigten weiterzubilden. Damit Betriebe den Strukturwandel erfolgreich meistern und Beschäftigte auch morgen und übermorgen gute Arbeit haben. [...weiterlesen](#)